

23. NOV 1959



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31 - 33
Fernschreiber 0 886 890

P/XIV/266 - 23. November 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	Offenheit unter Freunden "Franzosen und Deutsche sind Brüder"	43
2 - 4	Vor der Beratung des Lücke-Planes Zu einem Gesetzentwurf von einschneidender Bedeutung Von Dr. Julius Brecht, MdB	132
5	Sogar H-Bomber-Spezialisten Zum amerikanisch-sowjetischen Austauschabkommen	51
6	Haushaltsmittel für Information und Propaganda 100-Millionengrenze überschritten!	46

* * * * *
* * *

Offenheit unter Freunden

sp - Es tut gut zu hören, daß der Präsident Frankreichs, General de Gaulle - der ehemalige Kriegsgegner Deutschlands -, unweit der deutschen Grenze versichert: "Franzosen und Deutsche sind Brüder". Das ist ein klares Bekenntnis zur Überwindung jener unseligen "Erbfeindschaft", für die in den vergangenen Jahrzehnten so unendlich viele junge Menschen beider Völker auf dem Altar des Kriegsgottes Mars geopfert wurden. Diese Freundschaft soll gehegt und gepflegt werden, damit niemals wieder Mißverständnis oder gar Feindschaft aufkommen kann. Das ist gewiß der Wunsch aller vernünftigen Deutschen.

Zur Freundschaft gehört Offenheit. Deswegen wollen wir gerade in der Stunde der Erklärung dieser Freundschaft auf das hinweisen, was notwendigerweise unter Freunden und Brüdern gesagt werden muß.

Es ist schmerzlich zu wissen, daß der Freund, oder wie de Gaulle sagt, der Bruder, sich immer weiter von anderen Freunden und notwendigen Freundschaften entfernt. Am vergangenen Wochenende blieb Frankreich in der UNO isoliert, als selbst seine engsten Verbündeten, die auch unsere Freunde sind, sich bei der Entschließung gegen den Atom-bombenversuch in der Sahara der Stimme enthielten. In Kürze dürfte sich ein ähnliches Bild ergeben, wenn vor der UNO das Algerienproblem diskutiert werden soll, jenes schmerzliche Problem, das die Beziehungen zwischen den afrikanischen und europäischen Völkern vergiftet.

Die erklärte Freundschaft zwischen Paris und Bonn darf auch nicht daran hindern, auf jene Fragen eine offene Antwort zu verlangen, die in jüngster Zeit durch französische Proklamationen und Handlungen aufgeworfen wurden. Noch immer stehen die Erklärungen de Gaulles und seines Ministerpräsidenten Debré zum Problem der Oder/Neiße-Linie im Raum, und bis jetzt hat die französische Regierung den Protest der Bundesregierung gegen die widerrechtliche Aufbringung der "Bilbao" nicht beantwortet. Unbeantwortet geblieben sind bisher auch alle von deutscher Seite in Paris gestellten Fragen wegen der Rekrutierung minderjähriger Deutscher in der französischen Fremdenlegion und wegen der Aktivitäten französischer Geheimdienste auf deutschem Boden.

Ohne näher darauf einzugehen, wollen wir heute in diesem Zusammenhang nur die Tatsache erwähnen, daß Frankreich seine Mittelmeerflotte dem NATO-Oberkommando entzogen hat, die Stationierung von amerikanischen Bombern, die der gemeinsamen westlichen Verteidigung dienen sollen, auf französischem Boden verweigerte und nach wie vor eine Armee von rund 600 000 Mann in Algerien unterhalten will, wodurch das westliche Verteidigungsbündnis erheblich geschwächt wird.

Wir hoffen sehr, daß alle diese Fragen in Kürze zwischen Paris und Bonn geklärt werden können, damit das Wort de Gaulles von der Freundschaft und Bruderschaft der Deutschen und Franzosen den Inhalt bekommt, den es verdient.

+ + +

Vor der Beratung des Lücke-Planes

Von Dr. Julius Brecht, MdB

Der - allerdings nur noch sehr schwach besetzte - Bundestag hat in seiner letzten Sitzung in erster Lesung den von der Bundesregierung eingebrachten Gesetzesentwurf über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und über ein soziales Mietrecht an mehrere Ausschüsse überwiesen. Der Ausschuß für Wohnungswesen, Bau- und Bodenrecht wird federführend sein. Es ist sehr erfreulich, daß in der Abstimmung im Bundestag schließlich doch noch gegen zahlreiche CDU-Stimmen der SPD-Antrag durchgekommen ist, daß der Gesetzesentwurf daneben im Ausschuß für Kommunalpolitik mitberaten wird. Das ist bei diesem für die Gemeinden so bedeutsamen Gesetz unerlässlich. Alle Kommunalpolitiker werden der SPD dankbar sein, daß sie dies durchgesetzt hat. Bei der schwachen Besetzung des Bundestages und in der allgemeinen Abbruchstimmung ist diese Einschaltung des kommunalpolitischen Ausschusses in der Öffentlichkeit meist nicht beachtet worden.

Ziel: Aufhebung des Mieterrechtes

Auch aus anderen Gründen ist zu bedauern, daß der Bundestag am Schluß der Beratungen nur noch schwach besetzt war. Schließlich geht es bei diesem Gesetzesentwurf gar nicht in erster Linie um ein nur fachlich interessantes Gesetz über die Wohnraumbewirtschaftung und andere Detailfragen und der Wohnungsversorgung. Es soll vielmehr eine jetzt über 40 Jahre währende Reglementierung der Wohnungsversorgung durch ein freies System abgelöst werden. Neben Mieterhöhungen in der Übergangszeit, die aber noch von den Behörden reglementiert und gebunden bleiben, soll nach drei Jahren ganz allgemein und an allen Orten und unabhängig davon, wie dann die Wohnungsversorgung tatsächlich steht, zu völlig freien, ungebundenen Mieter übergegangen werden. Das ist das Entscheidende. Dann soll auch in der Wohnungsversorgung nur noch der Preis, Art und Umfang der Wohnungsversorgung bestimmen. Dabei steht jetzt schon ziemlich eindeutig fest, daß die nach 1963 kommenden freien Mieten infolge des Marktmechanismus dann weit über den gebundenen Mieter, auch erheblich über den in der Zwischenzeit angehobenen Mieter liegen werden.

Die Mieten, die sich später in der freien Marktsituation ergeben werden, sind die große Sorge und das sehr ernste wirtschafts- und sozialpolitische Problem! Dazu kommt, daß gleichzeitig der Mieterschutz geändert und später in einem sogenannten sozialen Mietrecht so umgestaltet werden soll, daß von einem Mieter - d.h. in diesem Falle, einen Verbraucherschutz - nicht mehr recht gesprochen werden kann.

Unübersehbare Auswirkungen

Alles das sind so grundsätzliche Maßnahmen und Pläne von so einschneidender Einwirkung in das Sozialgefüge, daß nicht nur von einem mehr oder weniger nebensächlichen Fachgesetz gesprochen werden kann, das nur die Experten interessiert. Es handelt sich vielmehr um einen Gesetzesentwurf, der tief in die gesellschaftspolitische Situation ein-

greift und teilweise neue gesellschaftspolitische Positionen bestimmen wird. Die sozialdemokratischen Sprecher des Bundestages haben deshalb ihre Stellungnahme zu dem vorgelegten Gesetzentwurf auch nicht auf einzelne fachliche Details abgestellt, zu denen erst in den Ausschüßberatungen vieles vorzubringen ist, sondern auf einige wenige Grundfragen. Man kann sie in den nachstehenden sieben Punkten zusammenfassen:

1. Der Mieterschutz ist kein Bestandteil der Wohnungszwangswirtschaft und kein zeitbedingtes Notrecht. Er ist in der Wohnungsversorgung ein Verbraucherschutz und damit ein wesentliches und dauerndes Element unserer Sozialordnung. Das geltende Mieterschutzgesetz kann zwar modernisiert und neuen Verhältnissen angepaßt werden, sein wesentlicher Inhalt, seine soziale Substanz muß aber für dauernd auch in der Form eines sozialen Wohnrechtes erhalten bleiben.
2. Die SPD ist keineswegs, wie ihr immer wieder fälschlich nachgesagt wird, für eine Zwangswirtschaft in der Wohnungsversorgung. Sie erstrebt vielmehr mit allen Mitteln auch in der Wohnungsversorgung die freie Konsumwahl an, bei der die Menschen und Familien allein entscheiden, wo und wie und bei wem sie wohnen wollen. Die SPD wird die einzelnen Bestimmungen des Gesetzentwurfes sehr scharf danach beurteilen, ob sie dazu dienen und sicherstellen, daß wir an allen Orten und in allen Wohnformen zur freien Konsumwahl in der Wohnungsversorgung kommen. Das ist das maßgebende gesellschaftspolitische Leitbild.
3. Deshalb tritt die SPD mit allem Nachdruck und Übereinstimmend mit dem Bundesrat dafür ein, daß vor der Aufhebung der Wohnraumbewirtschaftung und vor der Freigabe der Mieten durch eine nachhaltige und systematische Förderung des Wohnungsbaues so viel Wohnungen an allen Bedarfssorten und in den dringlichsten Bedarfsarten gebaut werden, daß überhaupt einmal ein freier Markt mit einem Überangebot an Wohnungen und damit einer freien Konsumwahl entsteht. Erst wenn diese Situation nachhaltig gegeben ist, kann Wohnraumbewirtschaftung und Preisbindung endgültig aufgehoben werden. Dies muß zuvor mit der intensiven Förderung des sozialen Wohnungsbaues zeitlich und sachlich in engster Verbindung gebracht werden, und zwar nicht nur für den Eigenheimbedarf und auf dem Lande, sondern in allen Bedarfsarten und an allen Bedarfszentren!
4. Der Zeitpunkt, wann und von wem die Wohnraumbewirtschaftung aufgehoben werden kann, ist nicht zentral und von oben zu bestimmen. Das muß den Gemeinden oder den Gebietskörperschaften übertragen werden, die bisher die behördlichen Wohnraumbewirtschaftung ausüben. Die Entscheidung muß jeweils als eine echte Aufgabe der Selbstverwaltung in den zuständigen politischen Gremien verantwortet werden. Diesen können dazu Rahmengrundsätze und statistische Grenzdaten gegeben werden.

5. Die Mietpreise dürfen weder in der Übergangszeit, in der sie in gebundener Form angehoben werden, noch nach dieser Zeit so ansteigen, daß es dadurch den einkommensschwächeren Familien unmöglich gemacht wird, ihren Wohnungsbedarf nach ihrem Familienstand ausreichend und kulturell einwandfrei zu decken. Die Mietpreise dürfen auch nicht die Höhe haben, daß Familien und selbständige Einzelpersonen Haushalte sich mit räumlich und ausstattungsmäßig unzureichenden und dürftigen Wohnungen begnügen müßten. Das kann auf die Dauer nicht durch Mietbeihilfen, sondern nur durch ein am Markt wirksames Angebot an guten, aber billigen Wohnungen erreicht werden. Die Relation zwischen Miets und Einkommen darf nicht überhöht sein. Die Mietbeihilfen können immer nur eine vorübergehende Hilfe sein.
6. Die Mieten sollten auf die Deckung der vertretbaren Kosten beschränkt und nach den Wohnwerten bemessen werden. Auch alle sonstigen erkennbaren Mieterhöhungen - z.B. aus dem Ablauf der Grundsteuerbeihilfen und der Grundsteuervergünstigungen sowie aus dem zeitlichen Ablauf der Aufwendungsbeihilfen usw. - müssen mitberücksichtigt werden. Schlechte und kulturell unwürdige Wohnungen und solche in Sanierungsgebieten dürfen überhaupt nicht erst erhöht werden. Es ist zu berücksichtigen, daß auf Grund der steigenden Grundstückserträge erneut wahrscheinlich im erschreckendem Ausmaß die Grundrenten und damit die Bodenpreise steigen. Deshalb muß die drohende Bodenspekulation wirksam und nachhaltig bekämpft werden.
7. Es darf nur ein solches Gesetz zustande kommen, daß in erster Linie für die davon Betroffenen verständlich lesbar und begreiflich ist. Ein Gesetz, das nur mit Hilfe von Kommentaren und Mietbibeln verständlich wird, ist abzulehnen. Das Gesetz muß vielmehr eine solche Form haben, daß die Betroffenen dazu die politische Entscheidung treffen können, ob sie das Gesetz und seine Auswirkungen billigen.

Das sind die Grundaeszen, die in den weiteren Beratungen und in der Stellungnahme zu den vielen komplizierten Einzelheiten des Gesetzesentwurfs die Haltung der SPD bestimmen werden. Sie erfordern, daß der Gesetzesentwurf sorgfältig und gewissenhaft beraten und keineswegs überstürzt und möglichst schnell verabschiedet wird. Die abschließende Stellungnahme wird erst getroffen werden können, wenn zu erkennen ist, ob und in welchem Umfange diesen sieben Grundsätzen entsprochen wird.

Sogar H-Bomben-Spezialisten

ler - Das am letzten Wochenende abgeschlossene Austauschabkommen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, eine Frucht zweiwöchiger in strengster Abgeschlossenheit erfolgter Vorarbeiten, ist die bisher umfassendste Vereinbarung dieser Art zwischen den beiden Weltmächten, die noch vor wenigen Jahren nur insoweit gegenseitige Berührung pflegten, als sie durch die Gebote der Diplomatie unurgänglich war. Das Abkommen erstreckt sich auf die Abhaltung dreier medizinisch-wissenschaftlicher Kongresse, auf einen Professoren- und Studentenaustausch zwischen je vier amerikanischen und sowjetischen Studenten, von Delegationen aller Art und sogar von H-Bomben-Spezialisten, die sich zusammentun werden, um die Möglichkeiten der friedlichen Ausnutzung der Atomenergie zu erproben. Es ersetzt die bisherigen Ende dieses Jahres ablaufenden Vereinbarungen.

Im Rahmen des ersten Abkommens stand die große amerikanische Ausstellung in Moskau. Sie erregte die Phantasie der Moskowiter, die in großen Scharen diese Ausstellung besuchten und hier einen unmittelbaren Anschauungsunterricht über die Leistungsfähigkeit der Amerikaner bekamen und Vergleiche anstellen konnten, wie viel sie noch tun müssen, um den amerikanischen Lebensstandard zu erreichen. Unter Stalin wäre eine solche Ausstellung in Moskau undenkbar gewesen, denn Stalin brauchte die Abschürfung von der Welt, er züchtete Mißtrauen gegen jeden Ausländer. Die heutige Führung des Kreml ist im Zeichen des Siebenjahresplanes viel selbstbewußter, sie braucht den Vergleich des Lebensstandards der Sowjetunion mit anderen Ländern nicht mehr zu scheuen. Was hier auf diesem Gebiete noch zur Angleichung fehlt, glauben die Männer des Kreml in wenigen Jahren erreichen, wenn nicht gar übertreffen zu können.

Auch bei den Amerikanern hat sich eine Wandlung vollzogen. Sichtbarster Niederschlag dieser Wandlung im Verhältnis zur Sowjetunion ist die geschichtemachende Erklärung des derzeitigen amerikanischen Außenministers Herter, der kürzlich in einer Rede die Konsequenzen aus dem Kräftegleichgewicht beider Mächte unmißverständlich zog.

"Es war sehr viel einfacher", sagte Herter, "als wir in Schwarz-Weiß-Darstellung uns einem hundert Prozent feindlichen Kommunismus entgegenstellten. Seltst heute scheint es leichter zu sein, auf dem vertrauten Weg weiterzugehen, als den Versuch zu machen, Neuland zu betreten. Hoher Mut und ausdauernd gute Nerven werden dazu gehören, ein neues Verhältnis zwischen den einander entgegengesetzten Systemen zu finden".

Zu diesen neuen Wegen gehört das Abkommen über eine Vertiefung der gegenseitigen menschlichen, wissenschaftlichen und künstlerischen Beziehungen zwischen beiden Ländern. Abkommen dieser Art schaffen gewiß die Gegensätze nicht aus der Welt, aber sie schaffen die Vorbedingungen des gegenseitigen Kennenlernens für den Abbau dieser Gegensätze. Die aus allen Lebensbereichen stammenden Amerikaner, die nun in wachsender Zahl in die Sowjetunion reisen und Anschauungsunterricht in sowjetischer Wirklichkeit nehmen, werden gewiß nicht als Kommunisten in ihr Mutterland zurückkehren. Auf der Gegenseite dürfte das Gegenteil gewiß auch nicht eintreten. Aber bei Amerikanern und Sowjetrussen wird sich das Bewußtsein, in einer Welt zu leben, für deren Erhaltung wir alle die Verantwortung tragen, sicherlich verstärken. Das Abkommen zwischen der USA und der Sowjetunion trägt einer Lage Rechnung, in der beide sich mit der Existenz des anderen abzufinden beginnen.

Haushaltsmittel für Information und Propaganda

H.L. - In dem von der Bundesregierung vorgelegten Entwurf des Bundeshaushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1960 übersteigen die Ansätze für Informations- und Propagandazwecke erstmalig die Hundertmillionen-Grenze! Sie betragen insgesamt 111 091 600 Deutsche Mark, was eine Ausgabenvermehrung um 18,4 Millionen DM gegenüber dem Rechnungsjahr 1959 bedeutet.

<u>Zu diesen Ausgaben gehören u.a. der jeglicher parlamentarischer Kontrolle entzogene persönliche Geheimfonds des Bundeskanzlers</u>	mit	250 000 DM
die Auslandsreisen des Kanzlers	"	500 000 DM
das Presse- und Informationsamt (wovon für den zweiten Geheimfonds des Kanzlers allein 13 000 000 DM entfallen)	"	50 005 800 DM
der Bundesnachrichtendienst	"	43 356 700 DM
geheime Ausgaben im Auswärtigen Amt	"	4 000 000 DM
Politische Öffentlichkeitsarbeit im Ausland	"	4 000 000 DM
die Bundeszentrale für Heimatdienst	"	7 779 100 DM
die Aufklärung über steuerliche Maßnahmen	"	2 000 000 DM.

Die starke Erhöhung der Ansätze für das Presse- und Informationsamt ist vorwiegend auf die deutschsprachige Ausgabe des Bulletin der Bundesregierung sowie auf die neu veranschlagten Mittel für die politische Öffentlichkeitsarbeit im Ausland in Höhe von 16,7 Millionen DM zurückzuführen. Diese Mittel werden nach Meinung der Bundesregierung wegen der weltpolitischen Entwicklung und der intensiven Beeinflussung des Auslandes durch andere Staaten, besonders des Ostblocks, erforderlich; sie sollen der modernen public-relations-Arbeit dienen. Für diese Zwecke waren im Rechnungsjahr 1959 schon erstmalig außerplanmäßigen Mittel in Höhe von 10,1 Millionen DM bereitgestellt worden, die für die Aufklärungsaktion über Berlin und die sowjetisch besetzte Zone gedacht waren. Außerdem wird dieser neue Titel "Politische Öffentlichkeitsarbeit im Ausland" gespeist aus mehreren kleineren Vorjahreansätzen - z.B. für das fremdsprachige Bulletin, die Erweiterung des Films- und Fernseharchivs, die Herstellung der Deutschlandbücher und -broschüren - die in dem neuen Haushaltsentwurf wegfallen.

Zusätzlich zu diesen im Presse- und Informationsamt vorgesehenen Mitteln für die politische Öffentlichkeitsarbeit im Ausland in Höhe von 16,7 Millionen DM sind für den gleichen Zweck im Haushalt des Auswärtigen Amtes weitere 4 Millionen DM erstmalig veranschlagt für den hier entstehenden Verwaltungsaufwand. Außerdem soll der Geheimfonds im Auswärtigen Amt um 1 Million DM auf insgesamt 4 Millionen DM erhöht werden.

Dieser Katalog ließe sich noch durch Informations- und Propagandamittel im weiteren Sinne um einiges verlängern; erwähnt werden soll nur noch der Betrag von 9 Millionen DM im Verteidigungshaushalt zur Zwecke der "Nachwuchswerbung für die Bundeswehr". Alles in allem recht erhebliche Summen für die bundesrepublikanische Regierungspolitik, die vom Steuerzahler aufgebracht werden müssen!